



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 86/2010 Kiel, 08. Juli 2010

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltspolitik

Bürgerhaushalt voranbringen!

Zu dem Antrag der FDP-Ratsfraktion „Bürgerhaushalt“ (TOP 10.2) erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Christina Musculus-Stahnke, in der heutigen Sitzung der Ratsversammlung:

„Am 11. Dezember 2008 stellte die Kooperation einen Antrag „Kieler Konsolidierungspfad: Reformkataster entwickeln“. Diesen Antrag haben wir als nicht zielführend abgelehnt, jedoch positiv bemerkt, dass unter Punkt 10 die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept zur Einführung eines Bürger-/innenhaushalts bis zum Sommer 2009 vorzulegen. Dies geschah nicht und deshalb haben wir im März 2010 eine kleine Anfrage gestellt, wie die Verwaltung das Instrument Bürgerhaushalt beurteilt und welche Planungen vorliegen.

Die Antwort war grundsätzlich positiv, die Verwaltung sieht im Bürgerhaushalt eine Möglichkeit der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Soweit so gut. Die Antwort auf Frage 2 war allerdings etwas ernüchternd, denn dort heißt es: „Die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist derzeit nicht prioritär geplant.“ Dies verwundert uns sehr angesichts des Antrags der Kooperation vom Dezember 2008.

Ich will mich nicht weiter äußern zu dieser etwas seltsamen Diskrepanz zwischen dem Antrag der Kooperation und der Antwort der Verwaltung, auch nicht zu der Presseerklärung der Kooperation, die schon seltsame Züge der Rechtfertigung aufweist, sondern eine Lanze brechen für einen Bürgerhaushalt.

Was sind die Gründe für einen Bürger-/innenhaushalt? Wenn man den Veröffentlichungen der Städte folgt, die dieses Instrument bereits nutzen, dann sind es vier Gründe:

1. mehr Akzeptanz für die Haushaltslage und die dort zum Ausdruck kommenden Prioritäten
2. eine Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für die Kommunalpolitik
3. eine höhere Effizienz des Verwaltungshandels durch die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, vergleichbar mit den Werkstattverfahren in der Stadtentwicklung
4. ein stärkeres Kostenbewusstsein bei allen Beteiligten

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich bereits auf den Weg gemacht, mehr Begeisterung für Kommunalpolitik zu wecken. Doch dies darf nicht nur über Informationsveranstaltungen mit langen Reden der Politiker oder Jugend im Rat geschehen. Dies sind zweifellos wichtige und richtige Ansätze, die aber ergänzt werden müssen durch die Beteiligung der Kieler und Kielesinnen an wichtigen Fragen der Stadt. Ich war begeistert über die rege Beteiligung und auch die Diskussionsfreude beim Werkstattverfahren zur Innenstadtentwicklung. Warum soll es uns nicht auch gelingen, über Schwerpunkte des Haushaltes mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren? Sicherlich ist es richtig, dass es sich hier um ein Beteiligungsverfahren handelt, die Entscheidung über den Haushalt bleibt nach wie vor der Ratsversammlung vorbehalten. Aber dies geschieht dann auf der Grundlage einer breiten Diskussion und Anhörung.

Ich möchte Ihnen eine Äußerung eines Experten vortragen, der bereits Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt hat:

„Beraten Bürger und Bürgerinnen die kommunale Haushaltsplanung mit, bekommen Themen wie Umwelt- und Bildung mehr Gewicht“ so der Sozialwissenschaftler Dr. Märker vom Fraunhofer Institut. Märker weiter: „Ohne Bürgerbeteiligung klappt Nachhaltigkeit nicht, Bürgerhaushalte machen die Haushaltspolitik transparenter – Kommunalpolitiker können sich mit ihnen bei der Verwendung der knappen Haushaltsmittel klarer am Willen der Bevölkerung orientieren.“

Bürgerhaushalte sind ein Instrument der direkten Beteiligung – 140 Kommunen haben dies bereits bewiesen. Dies setzt ein Demokratieverständnis voraus, das über das Modell der Repräsentativen Demokratie hinausgeht. Demokratie ist mehr als die Herrschaft einer zwar gewählten und damit legitimierten Mehrheit über eine Minderheit.

„Demokratie begründet über ein bloß formales Entscheidungsverfahren hinaus ein gemeinsames Unternehmen von Bürgern, die sich darin als Gleiche anerkennen und wechselseitig zu Koautoren ihrer Rechtsordnung einsetzen“ soweit der Rechtsphilosoph Uwe Volkmann in einem Beitrag der Frankfurter Allgemeine.

Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass der Oberbürgermeister ein Konzept zur Einführung eines Bürgerhaushalts mit hoher Priorität vorantreibt, um die Haushaltsentwürfe ab 2012 in Form eines Bürgerhaushalts einbringen zu können.

Dass die Kooperation jetzt die Einführung erst in einem Amt der Stadtverwaltung erproben will – davon stand nichts im ursprünglichen Antrag – werte ich als Angst vor der eigenen Courage. Aber es ist schon mal ein Schritt in die richtige Richtung – und darüber kann man ja auch schon froh sein.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer